

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Karlheinz Guttmacher, Hans-Michael Goldmann, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Eisenbahnpolitische Reformschritte zügig einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die Wettbewerbsbedingungen auf der Schiene verbessern zu wollen, um deren Verkehrsanteil zu erhöhen. Dieses Ziel kann nur durch einen produktiven und fairen Wettbewerb erreicht werden. Dazu brauchen wir

- Angebotswettbewerb
- Servicewettbewerb und
- Innovationswettbewerb

Der Deutsche Bundestag lehnt eine Politik ab, die die Bahn AG auf Dauer subventioniert. Wir brauchen eine Vielzahl von Bahnunternehmen, die um ihre Kunden werben und wir brauchen Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb um die besseren Angebote für Gütertransporte liegen. Die Verkehrspolitik des Bundes muss darauf ausgerichtet sein, den Wettbewerb auf der Schiene zu organisieren. Der Weg zurück in die alte Behördenbahn, der Weg zurück zur Staatsbahn führt auf das Abstellgleis.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, den Zugang zum Schienennetz für alle Schienenverkehrsunternehmen zu ermöglichen.

Dazu muss vor allem die Unabhängigkeit des Netzes gesichert werden. Der Prozess der Trennung von Schienennetz und Schienenbetrieb ist unverzüglich einzuleiten, um endlich die Kundenorientierung des Schienenverkehrs zu begründen.

Berlin, den 27. März 2001

**Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Hans-Michael Goldmann
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Joachim Günther (Plauen)**

**Klaus Haupt
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel**

**Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig hat am 10. März 2001 endlich die bisherige starre Haltung der Bundesregierung in der Eisenbahnpolitik aufgegeben und Liberalisierungs- sowie Privatisierungsschritte zur Stärkung des Wettbewerbs auf der Schiene angekündigt. Insbesondere der Kernpunkt der Bahnreform, die Sicherung der Unabhängigkeit des Schienennetzes durch Trennung von Netz und Betrieb wird seitdem angestrebt.

Die Bundesregierung hat damit eine bedeutsame eisenbahnpolitische Teilentscheidung getroffen, die von der weit überwiegenden Mehrheit des Bundestages, der Experten, den Umweltverbänden und den Gewerkschaften geteilt wird. Unabhängig von weitergehenden Forderungen und politischen Vorstellungen über die Fortführung der Bahnreform soll dieser große politische Konsens im Deutschen Bundestag zum Ausdruck gebracht werden.